Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Ausschuss für Soziales und Wohnen

Schwerin, 2008-02-29

Bearbeiter: Frau Diessner

545 - 2220 Telefon:

bdiessner@schwerin.de e-mail:

Protokoll

über die 51. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 14.02.2008

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret SPD-Fraktion

Brill. Anna Fraktion DIE LINKE

Graff, Esther Rahel SPD-Fraktion

Nagel, Cornelia Fraktion BÜNDNIS 90/ bis 19.30 Uhr anwesend

DIE GRÜNEN

Woywode, Robert CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Hubert, Rudolf

Marksteiner, Klaus Fraktion DIE LINKE Schulz, Andreas Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter

Verwaltung

Block, Steffen

Friedersdorff, Wolfram Dr.

Selke, Achim Steinbart, Sabine

Subke, Bärbel

Vogt, Monika

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Barbara Diessner

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
- 2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 50. Sitzung vom 10.01.2008 (öffentlicher Teil)
- 3. Mitteilungen der Verwaltung
- 4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
- 5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
- 5.1. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008

Vorlage: 01856/2007 II / Finanzverwaltungsamt

6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 51. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 50. Sitzung vom 10.01.2008 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Dr. Friedersdorff informiert über die vorläufige Vertretungsregelung für Herrn Junghans. Danach ist der Beigeordnete des Dezernates II, Herr Niesen, für die Themenbereiche Schule und Sport des Amtes 49 sowie Kultur, Amt 41, zuständig. Er ist darüber hinaus zuständig für das Mecklenburgische Staatstheater. Der Beigeordnete des Dezernates IV, Herr Dr. Friedersdorff, ist verantwortlich für die Themenbereiche Jugend des Amtes 49 sowie die Belange des Amtes für Soziales und Wohnen 50 und der ARGE.

Herr Dr. Friedersdorff informiert außerdem über ein Pressegespräch, das gemeinsam mit Herrn Westkamp als Vorsitzendem der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Schwerin und Herrn Gerth als Geschäftsführer der ARGE in der Landeshauptstadt Schwerin geführt wurde. Thema war die Entwicklung der ARGE. Es sind rückläufige Arbeitslosenzahlen festzustellen. Die Zielvorgabe der Schweriner Initiative zur Verringerung der Arbeitslosenzahl um 1.000 weist aktuell einen Ist-Stand von 900 aus. Festzustellen ist die positive Entwicklung bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Problematisch bleibt jedoch die Situation arbeitsloser Migranten. Herr Dr. Friedersdorff weist auf eine grundlegende und besondere Problematik hin. Auffallend ist die hohe Anzahl der Personen, die neben einem Erwerbseinkommen einen Anspruch auf Zahlung von Arbeitslosengeld II haben. Diese hohe Anzahl an Aufstockern ist ein Indiz für ein großes Maß an Beschäftigung auf dem sogenannten Niedriglohnsektor. Herr Dr. Friedersdorff bietet die Einsichtnahme in das ihm vorliegende Zahlenmaterial an.

In diesem Zusammenhang wirbt Herr Dr. Friedersdorff noch mal ausdrücklich für die Nutzung der Möglichkeit des sogenannten Kommunal-Kombi-Lohns. Für die Landeshauptstadt Schwerin können in diesem Zusammenhang auch Förderungen aus Landesmitteln zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse ermöglicht werden.

Herr Block informiert über den aktuellen Sachstand zur Ausreichung von Fördermitteln während der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung. Er kündigt die Versendung der vorläufigen Förderbescheide für die kommende Woche an. Die Entscheidung über die Fördermittelausreichung erfolgt auf der Basis der Haushaltsansätze im vorliegenden Planentwurf für 2008. Die Träger, die nach dem derzeitigen Stand voraussichtlich keine Förderung erhalten werden, werden zunächst schriftliche Zwischeninformationen erhalten.

Herr Block informiert weiterhin über die Interkulturelle Woche 2008 in der Zeit vom 28. September bis zum 4. Oktober 2008. Die bundesweite Eröffnungsveranstaltung wird am 26. September 2008 in Schwerin stattfinden. Herr Block informiert, dass er bereits an einer Vorbereitungstagung hierzu teilgenommen hat.

Die Stelle der Integrationsbeauftragten ist inzwischen sowohl intern als auch extern ausgeschrieben worden. Zur Zeit erfolgt die Aufgabenwahrnehmung durch den Leiter des Amtes für Soziales und Wohnen, Herrn Block. Der Hinweis aus der Ausschussmitte zur Sicherung der Aufgabenfortführung, eine befristete Weiterbeschäftigung von Frau Saar zu sichern, wird aufgenommen. Herr Dr. Friedersdorff schildert hierzu kurz die Sach- und Rechtslage, die eine Fortführung der von Beginn an befristeten Arbeitsmarktmaßnahme mit der Person von Frau Saar ausschließt.

Schließlich informiert Herr Dr. Friedersdorff darüber, dass im Jahr 2009 die Landeshauptstadt Schwerin die Seniorentage ausrichtet.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die vorgenannten Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

Zum Thema Kommunalkombi verweist Herr Dr. Friedersdorff auf den einstimmigen Beschluss der Stadtvertretung, hierfür die notwendigen Voraussetzungen für die Nutzung und Realisierung dieser Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen.

Herr Dr. Friedersdorff informiert über erste Diskussionen zu den Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Organisation der ARGE'n. Danach wird ein sogenanntes Kooperationsmodell, bei dem Agentur und örtlicher Träger nebeneinander, aber "unter einem Dach" die Leistungen gewähren, als positiv eingeschätzt. Der Fortgang der Diskussion zunächst auf Bundesebene bleibt abzuwarten.

Wie bereits in der vergangenen Sitzung thematisiert, soll zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 13.03.2008 der Geschäftsführer der ARGE in der Landeshauptstadt Schwerin, Herr Gerth, eingeladen werden.

Für die vorgesehene Novellierung der Richtlinie der Leistungen für Unterkunft und Heizung erfolgt derzeit eine aktuelle Prüfung bezüglich der Entwicklung der Basiswerte (Miete It. Mietspiegel und durchschnittliche Betriebskosten). Hinsichtlich der zeitlichen Planungen ist vorgesehen, dass die verwaltungsmäßigen Vorprüfungen Mitte März abgeschlossen sein sollen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die vorgenannten Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2008

Vorlage: 01856/2007

Bemerkungen:

Einleitend stellt Herr Dr. Friedersdorff klar, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2008 die Diskussionsbasis darstellt und es hierzu verwaltungsseitig keine Vorschläge für Veränderungen gibt.

Die vorab von verschiedenen Fraktionen eingereichten Anfragen werden im Rahmen der Behandlung der einzelnen Unterabschnitte geklärt.

Zum Unterabschnitt 41250:

Frau Sembritzki weist darauf hin, dass der von Herrn Baumotte eingebrachte Änderungsantrag in seiner Funktion als Geschäftsführer der Anker Sozialarbeit gemeinnützige GmbH nicht zulässig ist. Herr Dr. Friedersdorff weist auf die besondere Problematik hin, dass in den genannten Haushaltsstellen auch der Anker selbst mit einer beantragten Erhöhung der Planansätze betroffen ist. Auf Nachfrage von Herrn Woywode erläutert Herr Baumotte hierzu, dass es sich um Vorschläge des Behindertenbeirates handelt und das vorliegende Papier lediglich

die Meinung des Vorstandes, jedoch nicht die des gesamten Behindertenbeirates wiederspiegelt. Inhaltlich weist Herr Selke zu dem Antrag auf die hochkomplexe fachliche Diskussion hin, die eine ausgiebige Erörterung im Rahmen einer Sozialausschusssitzung nicht zulässt.

Herr Dr. Friedersdorff schlägt eine Prüfung und schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung vor. Sollten sich daraus haushaltsmäßige Verschiebungen ergeben, können diese nur akzeptiert werden, wenn sie insgesamt haushaltsneutral sind, das heißt nicht zu einer Verschlechterung des aktuellen Ergebnisses führen. Dem Verfahrensvorschlag wird zugestimmt.

Unterabschnitt 4700:

Nach intensiver Diskussion verständigen sich die Mitglieder des Sozialausschusses darauf, dass der Änderungsantrag des Ausschusses vom 10.01.2008 zurückgezogen wird. Diskussionsgrundlage ist nunmehr ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion für den Unterabschnitt 4700. Auf Nachfrage von Herrn Woywode wird bestätigt, dass die Migrationsberatung sowohl von der AWO als auch von der Caritas angeboten wird. Herr Block stellt im Verlauf der Diskussion klar, dass der durch die SPD-Fraktion formulierte Antrag sich nur auf die zahlenmäßige Erhöhung der Planansätze bezieht und nicht die inhaltliche Begründung und Ausgestaltung betrifft. Herr Woywode gibt hierzu zu Protokoll, dass er sich nicht imstande sieht, hierzu einen Beschluss zu fassen, da es aus seiner Sicht hinsichtlich der Detailverteilung der Mittel offene Fragen gibt. Eine Klärung erfolgt bilateral mit dem Abteilungsleiter 50.3, Herrn Selke.

Beschluss:

In Abänderung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs im Unterabschnitt 4700 ergehen folgende Beschlüsse:

1.

In der Haushaltsstelle 4700.71717 – Zuschüsse Seniorenklubs, Altenbegegnungsstätten, Seniorenbüro, wird der Haushaltsansatz im Planentwurf 2008 von 56.000 € um 8.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 1

2.

In der Haushaltsstelle 4700.71721 – Zuschüsse Sozialberatung – wird der Haushaltsansatz im Planentwurf 2008 von 298.600 € um 59.500 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

3.

In der Haushaltsstelle 4700.71730 – Zuschuss Seniorenbeirat – wird der Haushaltsansatz im Planentwurf 2008 von 1.000 € um 1.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

4.

In der Haushaltsstelle 4700.71740 – Zuschuss Behindertenbeirat – wird der Haushaltsansatz im Planentwurf 2008 von 500 € um 500 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

<u>Unterabschnitt 48200 – Grundsicherung nach dem 2. Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)</u>

Für die Fraktion Die Linke bringt Frau Sembritzki den im nachfolgenden Beschluss formulierten Änderungsantrag ein:

Beschluss:

Die bereits angekündigten Mehrausgaben für die Leistungen für Unterkunft im Unterabschnitt 48200, Grundsicherung nach dem SGB II, können nicht mehr aus dem Budget des Amtes 50 erbracht werden. Deshalb ist eine budgetübergreifende Deckung durch die Verwaltung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

Beschluss:

Im übrigen wird dem Haushaltsplanentwurf 2008 für den Bereich des Amtes für Soziales und Wohnen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Woywode erinnert nochmals an seine Anfrage zur Kostenentwicklung der durch die Diakonie zu erbringenden Eigenanteile bei der Schuldnerberatung. Herr Dr. Friedersdorff erläutert hierzu das Förderprozedere und die Wechselwirkungen zwischen der Höhe der Landesförderung, der kommunalen Förderung und der Eigenanteile.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Willert, hat angeregt, aktuell zum Sachstand in ihrem Aufgabenbereich und über aktuelle Probleme zu informieren. Es besteht Einvernehmen, dass zu dieser Thematik am 27.03.2008 eine Sondersitzung des Sozialausschusses durchgeführt werden soll.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 20.55 Uhr.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

gez. Erika Sembritzki	gez. Barbara Diessner
Vorsitzende/r	Protokollführer